



ERINNERUNGSKULTUR UND ZEITGESCHICHTE

Handbuch der Landeskirche im Nationalsozialismus

IN DIESER AUSGABE:

Toleranz und
ihre Grenzen

Kirchengeschichte
und Nationalsozialismus

Erntedankfest 1933 – die abgebildete Postkarte mit den Ährengebunden in Hakenkreuzform habe ich in einem Aktenschrank des Oggersheimer Pfarrbüros entdeckt, nachdem ich dort meine erste Gemeindepfarrstelle angetreten hatte. Die Karte war offenbar über Jahrzehnte übersehen worden. Als ich einige Jahre später begonnen habe, mich mit der Geschichte der Evangelischen Akademie der Pfalz zu beschäftigen, bin ich wieder auf ein vergessenes Relikt der NS-Zeit gestoßen: 1961 bis 1968 leitete Carl Schneider die Evangelische Akademie. Der ehemalige Rigaer und Königsberger Theologieprofessor war als Akademiedirektor und ausgewiesener Hellenismus-Spezialist hoch geschätzt. 1974 erhielt er das Bundesverdienstkreuz. Weniger bekannt ist, dass Schneider während der NS-Zeit als Mitglied des Eisenacher „Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ an der Umdeutung der christlichen Theologie in eine antisemitische Ideologie beteiligt war. Die kritische Auseinandersetzung mit Schneider beschränkt sich bisher fast ausschließlich auf einen englischsprachigen Zeitschriftenbeitrag. Die beiden Beobachtungen werfen Fragen auf: Wie gut hat die pfälzische Landeskirche ihre NS-Vergangenheit aufgearbeitet?

Nach 1945 dominierten – wie in der Nachkriegsgesellschaft insgesamt – Verdrängungsmechanismen. Die Entnazifizierungsprozesse waren auch in der Kirche von dem Wunsch geprägt, möglichst schnell und konfliktarm zur Normalität zurückzukehren. Es dauerte fast 30 Jahre, bis der Kirchenhistoriker Karl-Georg Faber erste „Überlegungen zur Geschichte der pfälzischen Landeskirche unter

dem Nationalsozialismus“ anstellte. 1995 veröffentlichte Hans Reichrath eine Biografie über den pfälzischen „Landesbischof“ Ludwig Diehl, der seit 1927 der NSDAP angehört hatte. 1997 zeigte dann der katholische Kirchenhistoriker Thomas Fandel in einer umfangreichen Arbeit über „Konfession und Nationalsozialismus“, wie groß die Überschneidungen zwischen protestantischem und nationalsozialistischem Milieu in der Pfalz waren. Ein differenziertes Selbstbild über die eigene Rolle in der NS-Zeit hat die Landeskirche allerdings noch nicht entwickelt.

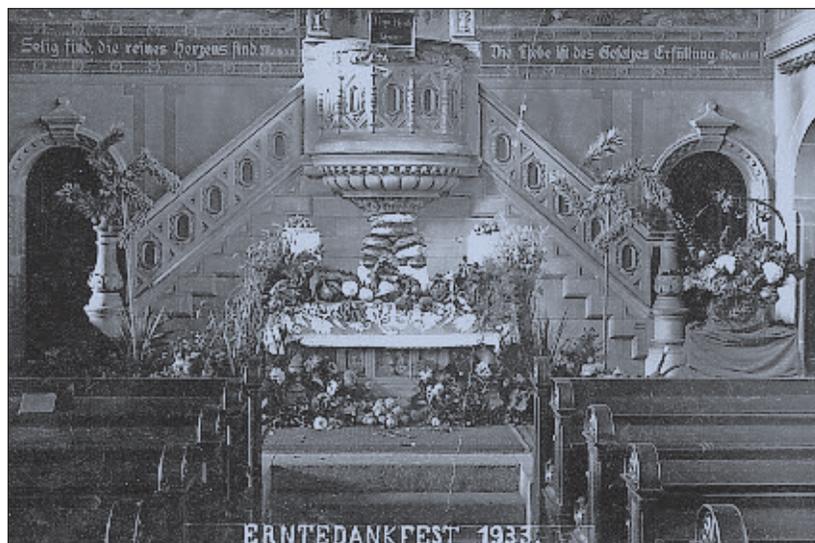
Es entspricht üblichen Rhythmen von Erinnerungskultur und Zeitgeschichtsforschung, dass die Landeskirche erst jetzt an eine systematische Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit geht. Was der US-Historiker Timothy Snyder ganz allgemein bemerkt hat, gilt auch für die pfälzische Regionalkirchengeschichte: „Historisch bin ich überzeugt, dass wir die ersten 60 Jahre sowieso

nie etwas verstehen. Alle Beteiligten müssen tot und alle Quellen zugänglich sein, und dann brauchen wir immer noch viel Zeit, um alles zu durchdenken.“ Das derzeit unter Federführung der Akademie im Entstehen begriffene Handbuch zur Geschichte der pfälzischen Landeskirche in der NS-Zeit wird Anfang 2015 erscheinen. Es zeichnet sich das Bild einer Kirche ab, die sich im Sog der allgemeinen Begeisterung für den Nationalsozialismus in den Jahren 1933 und 1934 innerhalb weniger Monate fast komplett selbst gleichschaltete und sich „offen und freudig zum Dritten Reiche Adolf Hitlers“ bekannte. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die Einschätzung, dass man mit den Nationalsozialisten zwei große gemeinsame Gegner habe: die politische Linke und den angeblich auf kulturelle Dominanz abzielenden Katholizismus. Einig glaubte man sich auch in der konsequenten Bezugnahme auf Volk und Nation. In der Folgezeit hatte

die Landeskirche der totalitären, rassistischen und expansionistischen Politik des Regimes kaum etwas entgegenzusetzen. Zwischen den liberalen und den orthodoxen Strömungen innerhalb der Landeskirche gab es dabei keine signifikanten Unterschiede. Auch die innerkirchliche Opposition, die sich gegen eine Eingliederung in die Reichskirche aussprach, verhielt sich in politischer Hinsicht weitgehend systemkonform. Vereinzelt konnte der kirchlich wie parteipolitisch ausgezeichnet vernetzte Diehl geschmeidig ausbalancieren. Korrekturbedürftig ist zumindest für die Pfalz das Bild einer prinzipiell kirchenfeindlichen Politik des NS-Regimes. Zwar gab es spätestens seit 1940 deutliche Einschränkungen und Behinderungen. Für viele Bereiche kirchlichen Handelns lässt sich aber zugleich ein Bild erstaunlicher Normalität zeichnen. Das gilt nicht zuletzt für die gute finanzielle Ausstattung der Landeskirche.

Die absehbaren Forschungsergebnisse werfen die Frage nach einer kritischen kirchlichen Erinnerungskultur auf. Neben Referenzereignissen wie der Speyerer Protestation oder der Kirchenunion gehören auch die Erfahrungen des Versagens in der NS-Zeit zur Identität der Landeskirche. Hier zeigen sich die Gefährdungen einer konsensorientierten, von persönlichen Beziehungen geprägten, staatsnahen Landeskirche. Wie sich das kritische Potenzial des Christentums gegenüber gesellschaftlichen Fehlentwicklungen weitertradiieren und nötigenfalls zur Geltung bringen lässt, bleibt eine Zukunftsaufgabe. Sie ist nicht nur für die Kirche, sondern auch für die Sicherung von Menschenwürde und freiheitlicher Demokratie von wesentlicher Bedeutung.

Christoph Picker



Postkarte zum Erntedankfest 1933: Hakenkreuz-Gebinde im Altarraum der Markuskirche Oggersheim. (Foto: Zentralarchiv der Evangelischen Kirche der Pfalz)

EDITORIAL

Im ausklingenden Themenjahr der Reformationsdekade zur Toleranz wurde nicht nur ein Loblied dieser Bürgertugend gesungen, es war immer wieder auch von der Ablehnungskomponente und den Grenzen der Toleranz die Rede (Seiten 3 und 6). Das ist richtig so. Gegenüber menschenverachtenden Ideologien und Gruppierungen sind deutliche Signale erforderlich – sowohl im öffentlichen Diskurs als auch durch Rechtssetzungen. Es ist befreiend, dass der Bundesrat nun ein NPD-Verbotsverfahren auf den Weg bringt – sorgfältig vorbereitet, denn die Parteienfreiheit ist ein hohes Rechtsgut, dessen Einschränkung gute Argumente verlangt. Die NPD knüpft programmatisch und ikonografisch an den Nationalsozialismus an. Sie infiltriert Jugendkulturen mit antidemokratischem Gedankengut. NPD-Mitglieder sind in überdurchschnittlichem Maß in Straftaten verwickelt. Die NSU-Morde sind hierfür ein besonders drastisches Beispiel. Die NPD verdient weder Toleranz noch Rechtsschutz als politische Partei.

Die historischen Erfahrungen der Evangelischen Kirche der Pfalz legen einen besonders sensiblen Umgang mit dem Rechtsextremismus nahe. 1933 und 1934 gewann die nationalsozialistische Ideologie auch im Protestantismus schnell die Oberhand. Der antisemitischen, rassistischen und aggressiven Politik des NS-Regimes hatte die Kirche bis 1945 nur wenig entgegenzusetzen. Nach 1945 beteiligten die Kirchen sich zwar aktiv am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Die belastete Vergangenheit wurde jedoch zunächst kaum aufgearbeitet (siehe



Akademiedirektor Christoph Picker.

Mittelseiten). Umso mehr ist heute Klarheit angebracht, nicht nur im Blick auf das NPD-Verbot. Auch Alltagsantisemitismus und Alltagsrassismus sind mit einer christlichen Grundhaltung nicht vereinbar. Das antijüdische Potenzial in manchen biblischen Texten erfordert einen kritischen Blick. Die Parteinahme für bedrängte Christen im Nahen Osten und Kritik an der Politik der islamisch geprägten Regionalmächte und Israels muss sich vor Stereotypen hüten. Nötig ist vor allem ein nachhaltiger Beitrag der Kirchen zur Stärkung der demokratischen Kultur in Deutschland – auch durch die politische Bildungsarbeit der Evangelischen Akademien. Was das bedeutet, diskutieren wir im Themenjahr der Reformationsdekade zu „Reformation und Politik“ besonders intensiv.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Unsere Studienleiterin Katrin Platzer wurde in die Expertengruppe des Internetportals „Evangelische Medizin- und Bioethik“ der Evangelischen Kirchen in Deutschland berufen. Das Portal bietet einen Überblick über die einschlägigen evangelischen Stellungnahmen und erleichtert bei anstehenden Gesetzesvorhaben die Kommunikation mit den verschiedenen Wissenschaften, den Industrieverbänden, den Verbänden des Gesundheitswesens und der Politik. Zu den Mitgliedern gehört auch der Heidelberger Theologieprofessor und Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Klaus Tanner. Das Portal ist erreichbar unter www.ev-medizinethik.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

BEGRIFFSGESCHICHTE TOLERANZ

Das Motto der Reformationsdekade der Evangelischen Kirche in Deutschland 2013 lautet „Reformation und Toleranz“. Anlässlich der Konsultation der United Reformed Church of England und der Evangelischen Kirche der Pfalz im September in Klingenstein hielt Studienleiter Georg Wenz einen Vortrag zum Thema „Toleranz und Religionen“. Eine Zusammenfassung der zugrunde gelegten Begriffsentwicklung erfolgt in dieser Kolumne.

Toleranz boomt. Zumindest als Wort. Sein gegenwärtiger Gebrauch tendiert ins Inflationäre. Konzeptionell entsteht dadurch die Gefahr des Bedeutungsverlustes auf der einen und der Dikreditierung seriöser Anliegen auf der anderen Seite. Doch meinen alle das Gleiche, wenn sie den Begriff verwenden? Über die Beschäftigung mit der Bedeutungsveränderung im Laufe der Geschichte lässt sich der Blick für die gegenwärtigen Erfordernisse schärfen.

Martin Luther führte den Begriff der Toleranz in die deutsche Sprache ein.

Während seiner langen Anwendungsgeschichte erfuhr der Begriff signifikante Umdeutungen. Eine der frühen Modifikationen ersetzte den selbstreferenziellen Bezug durch den interpersonellen. Im antiken Rom war das Subjekt von „tolerare“ derjenige, der bewusst und affirmativ Leiden ertrug. Diesen stoischen Gedanken adaptierten die verfolgten Christen der ersten Jahrhunderte, deren Weigerung, den Opferkult mitzuvollziehen, als Störung der öffentlichen Ordnung zur Verurteilung führte. Nach der Anerkennung des Christentums als Staatsreligion wendete sich die Aufmerksamkeit den Auseinandersetzungen um christliche Häresien zu. Welche Haltung sollten die Träger der neuen einzigen Wahrheit ihnen gegenüber einnehmen?

Augustinus rückte die soziale Ordnung in den Vordergrund und orientierte „tolerare“ am anderen Menschen: am sündigen Christen, an Juden und an Prostituierten. Um der Gesellschaftsordnung willen sollten sie vor Verfolgung verschont werden. Dieser Griff nach dem „geringeren Übel“ – aushalten statt töten – galt unterdessen nicht für theologische Abweichler. Da ihnen die Himmelpforte verschlossen bleibe, sei es Pflicht eines jeden Christen, sie zu belehren und auf den wahren Weg hinzuweisen – und sei es mit Gewalt.

Thomas von Aquin unterschied zwischen Heiden und Juden auf der einen Seite und Häretikern auf der anderen. Sein Eintreten gegen Zwangstaufen bei gleichzeitiger Forderung der Todesstrafe für Häretiker findet in seiner Argumentationslogik Analogien im Islam: Während es keinen Zwang im Glauben respektive bei der Glaubensannahme geben darf, wird die bewusste Abkehr als

Abweisung des von Gott Erhaltenen und damit als todeswürdiges Vergehen verstanden. Im christlichen Einflussbereich zeitigte diese Unterscheidung fatale Nachwirkungen sowohl in der Inquisition wie auch im Umgang mit Muslimen, die theologisch lange wie christliche Sektierer behandelt wurden.

Martin Luther führte den Toleranzbegriff in die deutsche Sprache ein. Mit drastischen Worten wetterte er jedoch gegen die Wiedertäufer, die aufständischen Bauern, gegen Juden, „Türken“ und Katholiken. Dennoch können seine Unterscheidungen zwischen Glaube und Liebe und zwischen einer Person und ihren Handlungen Anhaltspunkte für die heutige interreligiöse Begegnung bieten. Während der Glaube unbeirrt bleibe und darin Gott selbst folge, der keinen widergöttlichen Aspekt toleriere, erlaube die Liebe die diakonische Zuwendung zum anderen, denn sie entspreche dem Menschen als Menschen. Diese Spannung zwischen der Wahrheit des Glaubens und den Erfordernissen der Liebe markiert ein Wesensmerkmal interreligiöser Begegnung: die Unterscheidung zwischen Glaubensgewissheit und praktischer Sorge um den Mitmenschen. Während der andere Glaube abgelehnt werden kann, gilt es auf praktischer Ebene zusammenzuarbeiten.

Die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges führten zur Neudefinition der Toleranz während der Aufklärung. Kant und Goethe forcierten die Umdeutung hin zur Akzeptanz des Ungleichen. Aufbauend auf Thomas Morus entwickelte sich die Vorstellung von der Religionsfreiheit im dreifachen Bezug zwischen Individuum, Religion als System und Staat. Auch heute noch bilden diese drei Faktoren das Aushandlungsterain religiöser Selbstbestimmung und zivilgesellschaftlicher Zugehörigkeit. Die stoische Bedeutung von Toleranz erfährt indes dort eine Neubelebung, wo der Toleranzgedanke bis an die Schmerzgrenze der Feindesliebe den Respekt vor dem anderen und dessen Anerkennung einfordert. Ihre Grenzen findet das Tolerable im Angriff auf die Prinzipien der Toleranz sowie in der Verantwortung für Dritte.

Georg Wenz

Die Wahrung der Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Demonstrationenfreiheit ist ein hohes Gut und verlangt oft auch viel Toleranz von den Andersdenkenden. Dann hat Toleranz zuweilen etwas mit „dulden“, mit „ertragen“ und „aushalten“ zu tun.

Aber natürlich gibt es Grenzen, auch gegenüber einer Minderheit, nämlich da, wo sie unsere staatliche Verfasstheit und unser demokratisches Selbstverständnis bedroht. Angriffe auf Freiheit und Toleranz erleben wir beispielsweise durch das in meinen Augen verfassungswidrige Auftreten der NPD. Dort, wo Handeln rassistisch, antisemitisch, menschenverachtend ist, kann es keine Toleranz geben.

Es ist wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger gegenüber Intoleranz aufstehen, dass aus der Politik und der Gesellschaft immer wieder Kampagnen zu „null Toleranz“ kommen und wir gemeinsam deutlich machen: Das dulden wir nicht. Auch der Staat muss handeln: Deshalb strengen die Länder ein erneutes Verbotverfahren gegen die NPD an.

Der gesellschaftliche Wandel und seine politische Gestaltung bedingen einander wechselseitig: Manchmal ist es die Politik, die Veränderungen zu mehr Toleranz anstößt, sodass gesellschaftlicher Wandel entsteht. Häufig greift aber auch die Politik gesellschaftliche Veränderungen auf und schreibt die Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens fort.

Um individuelle Freiheitsrechte zu wahren, gibt es neben dem Grundgesetz Vereinbarungen wie die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen, die UN-Behindertenrechtskonvention, die europäische Antidiskriminierungsrichtlinie, die wir in Deutschland in einem Antidiskriminierungsgesetz umsetzen. Dass wir es heute als selbstverständlich betrachten, gleichgeschlechtliche Partnerschaften rechtlich gleichzustellen, Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam Kindertagesstätten und Schulen besuchen, anonyme Bewerbungsverfahren durchgeführt werden, sind Beispiele dafür, dass unsere Gesellschaft sich öffnet.

Heute wissen wir, dass die Zusammenarbeit in gemischten Teams gut für die Unternehmen ist. Wir wissen, dass beim gemeinsamen Unterricht von Kindern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand beide profitieren: das begabte Kind, das gefordert sein will und soziale Kompetenz lernt, und das Kind mit Nachholbedarf, das stärker gefördert und auf seinem Leistungsstand abge-



Grenze des Erträglichen: Rechtsextremistische Parolen der NPD bei einer Versammlung in Frankfurt.

(Foto: epd)

TOLERANZ ALS AUFGABE

Malu Dreyer: Politik und Kirchen geben Orientierung

Freiheit, Respekt und Toleranz finden ihren Ausdruck in den Grundrechten unserer Verfassung. Sie sind universell und unteilbar. Aber erstens erleben wir immer wieder Anfechtungen dieser Grundrechte und zweitens bedürfen sie mit dem Wandel der Gesellschaft immer wieder Veränderungen in der Ausgestaltung. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer präsentierte bei der gemeinsam mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz veranstalteten Tagung „Wo hört der Spaß auf – Toleranz und ihre Grenzen“ die drei genannten Begriffe als Dimensionen des politischen Handelns. Wir veröffentlichen eine redaktionell gekürzte Fassung ihres Vortrags.

holt wird. Dahinter stehen Veränderungen im Denken und Handeln, die sich über viele Jahre entwickelt haben und heute sichtbar sind.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist für mich ein Beispiel für die demokratische Leistung unserer Gesellschaft. Dass wir in Rheinland-Pfalz engagierte Menschen in den Beiräten für Migration und Integration haben und dass viele Kommunen und Gemeinden Aktionspläne erarbeitet haben und umsetzen, zeugt von unserem aktiven Bemühen um gelebte Toleranz.

Rheinland-Pfalz war eines der ersten Länder, das damit begonnen hat, Lehrerinnen und Lehrer für den islamischen Religionsunterricht auszubilden. „Bildung ist das wirksamste Mittel gegen Intoleranz“, heißt es in der Unesco-Erklärung zu den Prinzipien der Toleranz von 1995. Und: „Erziehung zur Toleranz gehört zu den vordringlichsten Erziehungszielen.“ Ich teile diese Aussagen uneingeschränkt. Der Staat und öffentliche Bildungseinrichtungen müssen vom Kleinkindalter an

ihren Beitrag leisten, damit Toleranz gelernt und erfahren werden kann.

Rechtliche Rahmensetzungen sind wichtig, aber der Staat kann nur die Voraussetzungen für ein tolerantes, friedliches Miteinander schaffen. Die innere Kraft unseres Gemeinwens besteht im konkreten Handeln der Menschen. Ebenso wichtig wie die Frage, welchen rechtlichen Schutz es vor Intoleranz und Unfreiheit gibt, ist daher die Frage, wie wir Toleranz und Menschlichkeit in unserer Gesellschaft leben.

Es gibt viele Beispiele von gelebter Toleranz. Das Engagement der Menschen fußt auf einem stabilen Grundkonsens in unserer Gesellschaft, die sich gegen Ausgrenzung und Intoleranz ausspricht. Um dieses Fundament haben wir in der Vergangenheit intensiv gerungen, und ich wünsche mir, dass wir darin nicht nachlassen. Das Ringen um unser gemeinsames Verständnis von Toleranz macht gerade unser offenes und freiheitliches Selbstverständnis als Gesellschaft aus. Hierbei werden wir immer wieder schwierige Diskussionen zu führen haben. Jede Institution muss dazu beitragen, Toleranz vorzuleben und einzufordern.

Die Entwicklung der Gesellschaft wird uns vor neue Fragen stel-

len, wie wir Toleranz und Respekt leben, die Freiheit wahren und nutzen. Unser tägliches Umfeld wird komplexer und macht uns die Antworten nicht leichter. Wie schaffen wir es in einer globalisierten Gesellschaft, Toleranz zu üben und zu leben? Scheinbar rücken Völker, Nationen und einzelne Menschen in einer globalisierten Welt näher zusammen. Das führt jedoch nicht von selbst dazu, dass wir Toleranz gegenüber anderen kulturellen Prägungen lernen und leben.

Wie trägt die zunehmende Digitalisierung des Alltags und des Arbeitslebens dazu bei, mit anderen Kulturen und Werten tolerant umzugehen? Die starke Verbreitung der digitalen Medien in unserem Alltag wirkt sich sehr deutlich auf unser Zusammenleben aus. Wir müssen uns über unsere Vorstellungen vom gesellschaftlichen Miteinander in und mit den digitalen Medien neu verständigen. Wie sichern wir in einer älter gewordenen Gesellschaft Toleranz zwischen den Generationen? Das wird eines der zentralen Themen in den nächsten Jahren sein. Darüber sollten wir sprechen. Die Kirchen und die Politik sind zwei der Institutionen, die Orientierung geben können und müssen.

Rheinland-Pfalz bildet Lehrer für den islamischen Religionsunterricht aus.

Was in Politik und Gesellschaft geschah und strittig war, bildete sich ebenso im Raum von Kirche und Theologie ab: Ein großes Thema war die Neubestimmung des Verhältnisses zum Judentum, der Bruch mit dem tief eingprägten Antisemitismus, aber auch der Bruch mit Obrigkeitsehrsam und Militarismus. Im westdeutschen Protestantismus vollzog sich das alles vor dem Hintergrund tief greifender Verwerfungen um die Frage der Wiederbewaffnung. Die ohnehin miteinander zerstrittenen Flügel der Bekennenden Kirche, also der „linke“ um Martin Niemöller und der „rechte“, für den der bayrische Landesbischof Hans Meiser stand, gerieten nicht nur über diese Frage in eine scharfe Konfrontation.

Eben darum war die kirchliche Vergangenheitsbewältigung strittig: Was hatte man aus dem „Kirchenkampf“ zu lernen? Waren die Lutheraner mit ihrer starken Unterscheidung von Geistlichem und Weltlichem schuld an allem? Musste die Kirche nicht politischer werden, pazifistischer, kritischer gegenüber der CDU? Vergangenheitsbewältigung hieß im kirchlichen Sinne, den Kirchenkampf zu bewältigen, die historisch begründeten Wahrheitsansprüche verschiedener Flügel der Bekennenden Kirche kritisch zu erhellen und damit auch die Deutungsmacht des Niemöller-Flügels der Bekennenden Kirche zu bestreiten. Es war Niemöllers Bruder Wilhelm, der in mehreren Publikationen nach dem Krieg eben diesen Flügel zum eigentlichen Sieger des Kirchenkampfes erklärte und damit die „inkontakten“ Landeskirchen mit ihrer vorsichtigen Politik und ihrem „lutherischen Sonderweg“ ins Zwielicht setzte.

Freilich wurde Niemöllers Darstellung schon in den frühen 1950er Jahren als „Kirchenkampflegenden“ abgetan und er selbst als politischer Parteigänger des Nationalsozialismus diskreditiert. In den 1970er Jahren gewann eine Kirchengeschichtsschreibung Raum, die sich programmatisch vom Kirchenkampfbegriff verabschiedete und stattdessen von „Kirche im Nationalsozialismus“ sprach. Dafür steht insbesondere der Name des Tübinger Kirchenhistorikers Klaus Scholder. Dennoch blieb der Kirchenkampf im Sinne des Niemöller-Flügels ein Identifikationsmerkmal für den Protestantismus. Bekanntermaßen fehlt in der Pfälzischen Landeskirche die hier skizzierte Dynamik des Sich-Erinnerns: Die kirchenpolitischen Rahmenbedin-

gungen waren andere, entsprechende Protagonisten gab es nicht.

Das Jubiläum der Barmer Theologischen Erklärung im Jahre 1984 war der Höhe- und Endpunkt eines noch von der Erlebnisgeneration getragenen Erinnerens, das aber von einer kritischeren Barmen-Geschichtsschreibung begleitet wurde. Aus der Vergangenheitsbewältigung wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Aufarbeitung, wobei dieser Begriff geschichtspolitisch und forschungsstrategisch besonders durch die Aufarbeitung der SED-Diktatur besetzt wurde.

Die immer noch nachhallenden Debatten um die Rolle des Auswärtigen Amtes im Dritten Reich zeigen, dass die Aufarbeitung oder „Vergangenheitsbewältigung“ der Zeit des Nationalsozialismus keineswegs abgeschlossen ist und bei solchen Institutionen, die es vor wie nach 1945 gab, vielleicht auch niemals abgeschlossen sein wird. Institutionelle Kontinuität ist auch bei evangelischen Landeskirchen gegeben, und so zeigt das Projekt „Pfälzische Landeskirche im Nationalsozialismus“, dass sich im kirchlichen Raum die Aufarbeitung nicht erledigt hat. Neben dieses Projekt könnte man andere landeskirchengeschichtliche, regionalkirchen-geschichtliche, ortskirchengeschichtliche oder diakoniegeschichtliche Vorhaben stellen.

Bedarf an Aufarbeitung ist also angezeigt, ein Bedarf, der in früheren Jahrzehnten häufig von außen an die Kirchen herangetragen wurde, denkt man etwa an die Frage nach der Rolle diakonischer Einrichtungen bei Krankentötungen und Zwangssterilisierungen. In den letzten Jahren haben die Kirchen hier geschichtspolitisch geschickter agiert, indem sie die Erforschung dieses Feldes ebenso förderten wie die Erforschung des Einsatzes von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen. Die Frage der Aufarbeitung geht nun auf solchen Feldern weit über den klassischen Horizont der Kirchenkampfgeschichtsschreibung aus kirchlicher und kirchengeschichtlicher Binnensicht hinaus.

Die Frage nach dem Warum der Aufarbeitung lässt sich auch damit beantworten, dass die Sensibilität für geschichtspädagogische Fragen im öffentlichen, aber natürlich auch im kirchlichen Bildungsbereich stark entwickelt ist: Hier kommt dem Religionsunterricht eine wichtige Funktion zu, bedeutsam ist aber auch ein Aspekt, der innerhalb der Kirchlichen Zeitgeschichte durchaus kontrovers diskutiert wur-



Gemeinsames Erinnern: Gedenkweg der evangelischen und katholischen Kirche in Berlin für die Opfer der Reichspogromnacht.

(Foto: epd)

VON DEN KIRCHENKAMPFLEGENDEN HIN ZUR WISSENSCHAFTLICHEN AUFARBEITUNG

Die Leistung der Kirchengeschichte für die Bewältigung des Nationalsozialismus

Was heute Aufarbeitung heißt, hieß in früheren Jahrzehnten Vergangenheitsbewältigung. Sie war Sache der Erlebnisgeneration, die sich ihrer eigenen Vergangenheit und damit ihrem eigenen Leben zu stellen hatte. Bis heute ist hoch umstritten, ob und in welchem Maße diese Vergangenheitsbewältigung stattgefunden hat. Der Leipziger Kirchenhistoriker Klaus Fitschen stellte bei der Autorentagung zum Handbuchprojekt „Pfälzische Landeskirche im National-

sozialismus“ am 22. Juni 2012 im Butenschoen-Haus in Landau die einzelnen Etappen der Geschichte der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Kirche und Theologie dar. Er zeigte dabei, dass erst nach dem Tod der wichtigsten Vertreter der Erlebnisgeneration, die durch Martin Niemöller und Hans Meiser repräsentiert werden, ein realistischer Blick auf die Leistung, aber auch die Grenze der Bekennenden Kirche möglich wurde.

de, nämlich die Erinnerung an die Menschen, die aus Glaubensgründen Opfer des Nationalsozialismus wurden. Hier zeigt sich ein Bedarf an Identifikationsfiguren, nicht nur im Blick auf Dietrich Bonhoeffer, sondern gerade im Blick auf die „kleinen Leute“, die entschlossen oder auch aus einer Zwiespältigkeit heraus in den Widerstand aus Glauben fanden.

Ihr Beitrag kann nicht mehr als Kirchenkampfgeschichtsschreibung geleistet werden, sondern muss gesellschaftliche, politische, mentale und andere Aspekte einbeziehen.

Der Sache nach kann die Kirchengeschichte darum zuerst einmal dadurch zur Aufarbeitung beitragen, dass sie historische Kenntnisse bereitstellt. Jedenfalls besteht eine der Aufgaben der Kirchengeschichte in einer Klärung des Grundverständnisses der Zeit, die immer noch gerne mit dem Begriff „Kirchenkampf“ qualifiziert wird, ob-

wohl dieser bis in moderne Lexika hinein zumeist durch das neutralere „Kirchen im Nationalsozialismus“ ersetzt worden ist. Die Aufgabe der Kirchengeschichte besteht also auch darin, zu einem angemessenen Umgang mit Begriffen anzuleiten und solche, die zeitbezogen sind, kritisch zu betrachten.

„Welche Rolle spielen moralische Wertmaßstäbe, politische Urteile und Bekenntnisfragen für die Erforschung der NS-Kirchengeschichte?“, wird im Ausschreibungstext zu dieser Tagung gefragt. Man könnte sagen: am besten

gar keine, denn was hat man davon? Im besten Fall stellt man fest, dass viele Kirchenvertreter im Nationalsozialismus die Maßstäbe des Evangeliums verletzten – das Stuttgarter Schuldbekenntnis hat die entsprechende Erkenntnis schon früh erfasst: „Nicht mutiger bekannt“ zu haben, schließt immerhin ein, dass man das hätte tun können. Im schlimmsten Fall geht man den Weg mancher Evangelikaler, die in der Anerkennung homosexueller Partnerschaften den Anlass zu einem neuen Kirchenkampf sehen wollen.

Allerdings geht das Handeln und Denken kirchlicher Akteure bekanntermaßen nicht in einem Schwarz-Weiß-Schema auf, und da wird es kirchengeschichtlich interessant. Spannend wird die Frage von Moral, Politik und Bekenntnis da, wo Entscheidungsoptionen sichtbar werden und unterschiedliche Werteorientierungen zum Tragen kommen. Biografische Prägung, Lebenserfahrung, theologische Orientierung führten zu unterschiedlichen Lebenswegen, bei denen die Grautöne deutlich zu machen sind. Das Ziel ist also nicht das Urteilen über die damaligen Akteure, sondern das Verständnis ihrer damaligen Beweggründe und Handlungsmöglichkeiten. Ein politisch-moralisches Urteil kann darum nicht mit dem Heute vergleichen, sondern muss sich an die Optionen halten, die für eine Kirche und ihre Vertreter nach Kaiserreich und Weimarer Republik möglich waren. Nicht aus heutiger Sicht verfehlte der Protestantismus – nein: die Protestanten – seine Aufgabe, sondern aus der Sicht der Weimarer Republik mit ihren demokratischen Möglichkeiten. Die Abgabe von Urteilen bedarf also größter Zurückhaltung. Nichts ist einfacher, als sich aus heutiger Sicht besser, ja gerechter zu fühlen.

Durch differenzierte Blicke auf einzelne Personen ist auf diese Weise in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Haltung manches Kirchenmannes und Theologen in der Zeit des Nationalsozialismus näher beleuchtet und differenzierter beschrieben worden. Selbst ehemalige Lichtgestalten des Kirchenkampfes wie der bayrische Landesbischof Hans Meiser kamen auf den Prüfstand, sodass das Landeskirchenamt in München heutzutage nicht mehr in der Hans-Meiser-Straße residiert, sondern geschichtspolitisch halbwegs korrekt in der Katharina-von-Bora-Straße.

Zur Vergangenheitsbewältigung einer evangelischen Kirche könnte freilich auch gehören, die Gemeinden und das Verhalten des Kirchenvolkes auf den Prüfstand zu stellen. Die Begeisterung für den Nationalsozialismus war nicht nur inszeniert, und das, was in der pfälzischen Projektskizze Verführbarkeit heißt, war auch eine ideologische Anfälligkeit für den Nationalsozialismus gewesen. Nationaler Aufbruch und evangelischer Aufbruch konnten ja sogar in eins gesehen werden, wenn Vertreter der Inneren Mission von einer volksmissionarischen Chance sprachen. Insgesamt ist aus der Sicht der Vergangenheitsbewältigung also auch die Fra-

ge nach problematischen protestantischen Mentalitäten im Kirchenvolk zu stellen, die freilich vor 80 Jahren ganz andere waren als heute.

Und das Bekenntnis? Hinzuweisen ist darauf, dass die Bekennende Kirche eben Kirche war und nicht nur eine imaginäre Institution. Die Schwierigkeiten der Bekennenden Kirche mit ihrer Institutionalisierung aber hatten auch mit dem Bekenntnis zu tun: Für Reformierte konnte sich die Kirche durch Bekenntnissynoden legitimieren, was für amtsbewusste Lutheraner so nicht möglich war. Wo es um das Bekenntnis geht, wäre auch noch einmal kirchengeschichtliche Sorgfalt angebracht, nicht zuletzt im Blick auf die lutherische Zwei-Reiche-Lehre, der zu zugeschrieben wird, sie habe dem Staat eine Kompetenz zugemessen, die dieser nur zu gerne für sich beansprucht habe.

Die eben angestellten Erwägungen verweisen auf das, was die Kirchengeschichte eben nicht darf: vorschnelle Urteile fällen, sich auf Deutungen einlassen, die scheinbar selbstverständlich klingen, sich vorschnell denen anschließen, die in der Geschichte der Kirche im Nationalsozialismus nur ein völliges Versagen sehen. Das bedeutet andererseits keinen Rückzug in die banale Argumentation, man müsse eben alles aus sich selbst heraus verstehen, und dementsprechend sei vieles erklärbar und verstehbar. Aufarbeitung bedeutet auch, die nicht realisierten Möglichkeiten zu sehen und zu beschreiben,

Auch das Verhalten der Gemeinden und des Kirchenvolkes gehört auf den Prüfstand.

Resistenz, Opposition und Widerstand im Kleinen sichtbar zu machen, im Bösen auch das Gute zu sehen. Damit ist eine schwer auflösbare Spannung beschrieben.

Das ist freilich kein abschließbarer Prozess. Die Mühen der Aufarbeitung werden über das geplante Handbuch hinausgehen; weitere Prozesse

können angestoßen werden. Die Kirchengeschichte muss also regional und lokal weiter aktiv bleiben, und zwar nicht nur die universitäre, sondern auch die innerhalb der Kirchen verankerte Kirchengeschichtsschreibung. Man muss freilich immer sagen, was man eigentlich will und wie man die eigene Aufgabe versteht. Die Kirchengeschichte hat damit letztlich eine kritische Funktion bei der Standortbestimmung von Landeskirchen und anderen kirchlichen Einheiten. Insofern hat sie auch eine Zukunftsaufgabe. Diese aber erfordert vielleicht nicht nur Nüchternheit, sondern auch Leidenschaft für die Sache der Kirche, die doch die Sache des Evangeliums ist. Klaus Fitschen

REFORMATION UND TOLERANZ

Versöhnung mit den Mennoniten nach mehr als 400 Jahren

Kirchenpräsident Christian Schad würdigte bei der Tagung „Wo hört der Spaß auf – Toleranz und ihre Grenzen“ das seit einigen Jahrzehnten erkennbare Bemühen der evangelischen Kirchen um eine Versöhnung mit den Nachfahren der täuferischen Bewegung der Reformationszeit. Gleichzeitig betonte er, dass Toleranz dort ihre Grenzen hat, wo das Leben und die Rechte anderer Menschen missachtet werden. Die „Protexzte“ veröffentlichen einen redaktionell gekürzten Text seines Vortrags.

Das Gebot der Feindesliebe ist einer der zentralen christlichen Texte. Im Hintergrund steht Jesu Hinwendung zu den Fremden, den Andersartigen und Ausgegrenzten. So verschieden wir sind, so fremd wir uns zuweilen auch bleiben: Gott sieht uns an, und in seiner Liebe toleriert er uns. Allen Menschen gilt seine Barmherzigkeit, alle sind wir zur Gottesebenbildlichkeit berufen. Und dass der Schöpfer wirklich barmherzig und treu ist, erweist sich in der Menschwerdung und Lebenshingabe seines Sohnes.

Die Theologie der Toleranz gehört nicht nur in die Schöpfungslehre, sie ist zugleich Kreuzestheologie, ist Christologie. Weil Gott in Jesus Christus das Untragbare, das Unerträgliche wegnimmt (tollit), weil da einer trägt und erträgt – über alles menschliche Maß hinaus –, kann auch ich die Widersprüche dieser Welt tragen, ertragen, tolerieren (tolerare).

Aber auch die Grenzen des Erträglichen sind vorgezeichnet in ihm, vorgelebt in dem einen: Was dem Leben nicht dient, was den anderen entwürdigt, ist nicht tragbar. Zu unterscheiden ist hier zwischen der Person und ihrer Gesinnung, ihrem Verhalten. Gerade weil Gott sich allen Menschen vorbehaltlos zuwendet, kann er Haltungen und Taten, die das Leben einschränken, keineswegs „tolerieren“ im Sinne von „anerkennen“ und „gutheißen“. „Toleranz hat ihre Grenze dort, wo das Denken und das Handeln von Menschen das Leben und die Würde anderer gefährden und bedrohen“, so die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 2005.

Als Kirche wollen wir verlässliche Anwältin sein für ein Leben aller Menschen in Würde und ein Ort des Widerstands gegen jede Form von Intoleranz. Deshalb treten wir für das Grundrecht auf Religionsfreiheit ein. Steinig genug war der Weg der Geschichte zu ihr hin, hart genug ist sie erkämpft worden, auch gegen die Kirchen.

Es war Martin Luther, der die Wendung „tolerantia dei“ geprägt hat, also von der „Toleranz“ als einer Eigenschaft Gottes spricht und damit überhaupt erst das Wort „Toleranz“ ins Deutsche bringt. Gott ist geduldig mit seinen Geschöpfen und hat in Jesus von Nazareth sogar die Sünde und Todverfallenheit der Welt ge-

tragen, stellvertretend für uns erduldet: Darin besteht seine Toleranz, seine bedingungslose Barmherzigkeit. Das ist der Grund dafür, dass wir einander tragen und ertragen, auch und gerade in unserer Verschiedenheit und Gegensätzlichkeit. Die Feindesliebe als äußerste Zuspitzung der Nächstenliebe hat in der Toleranz Gottes ihre Voraussetzung, ihren tiefsten Beweggrund.

So sehr sich einerseits gerade bei Luther wegweisende Überlegungen zu einer evangelischen Begründung von Toleranz finden, so sehr setzt uns andererseits die Intoleranz der Reformation gegenüber abweichenden Positionen und anderen Religionen zu. Zur Schuld- und Schamgeschichte der Reformation gehört die Verfolgung der „Täufer“ ebenso wie Luthers Polemik gegen die Juden in seiner Schrift: „Von den Juden und ihren Lügen“ (1543). Hier macht er sogar den im Licht der Reichspogromnacht erschütternd-bedrückenden Vorschlag, die Synagogen anzuzünden.

„Schatten der Reformation. Der lange Weg zur Toleranz.“ Angemessen hat damit die EKD ihr Themenheft zum „Jahr der Toleranz“ über-

schrieben. Gerade angesichts des Reformationsjubiläums gilt es, selbstkritisch die Schuld und Intoleranz zu benennen und nach Wegen der Versöhnung zu suchen mit den Nachfahren jener, an deren Verfolgung die Kirchen der Reformation mit verantwortlich waren.

Es war gerade „unser“ Reichstag von Speyer 1529, der das ganze politische und theologische Dilemma offenkundig macht. Auf der einen Seite protestierten sechs Fürsten und die Vertreter von 14 freien Reichsstädten gegen dessen Beschluss, die

Reichsacht gegen Martin Luther zu vollziehen und – nach einer Phase der Duldung – die reformatorische Bewegung mundtot zu machen.

Es mutet geradezu paradox an, dass nur drei Tage später, am 23. April 1529, derselbe Reichstag – mit Zustimmung der evangelischen Stände – das Mandat erneuerte, gegen alle sogenannten „Wiedertäufer“ die Todesstrafe zu vollziehen. Wer wiedertaufte oder sich der Wiedertaufe untergezogen hat, so heißt es in der „Konstitution“, die dem Reichsabschied beigelegt wurde, ob Mann oder Frau, ist mit dem Tode zu bestrafen, ohne dass vorher

Toleriert werden kann immer nur das bekannte Fremde.



Begegnungstag auf dem Weierhof: Kirchenpräsident Christian Schad (Zweiter von rechts) mit Vertretern mennonitischer Gemeinden. (Foto: Stepan)

noch ein geistliches Inquisitionsgericht tätig zu werden braucht.

Hans-Jürgen Goertz, mennonitischer Theologe und Historiker, hat es auf den Punkt gebracht: „Der zweite Reichstag zu Speyer 1529, die Geburtsstunde des Protestantismus, ist ein Meilenstein auf dem Weg zu neuzeitlicher Gewissensfreiheit. Er ist aber auch eine Wegmarke in der Geschichte der Intoleranz gegenüber Andersgläubigen.“ Im 16. Jahrhundert fielen ihr Tausende Anhänger der Täuferbewegung zum Opfer.

Es waren vor allem die Kontaktgespräche zwischen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden, den Nachfahren der historischen Täuferbewegung, die in den 1990er Jahren zur wechselseitigen Verständigung, ja zur Ermöglichung eucharistischer Gastbereitschaft führten. Die EKD hat sich dieser Vereinbarung 1996 angeschlossen. 2010 kam es dann in Stuttgart zu einer öffentlichen Erklärung, als auf der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes die Mennoniten um Vergebung gebeten wurden.

Es war mir deshalb ein persönliches Anliegen, gerade im „Jahr der Toleranz“ das Gespräch mit Vertretern der mennonitischen Gemeinden in unserer Region zu suchen. Ein erstes Ergebnis war, dass uns unsere mennonitischen Glaubensgeschwister zu einem Begegnungstag auf den Weierhof bei Kirchheimbolanden eingeladen haben.

„Tolerare“ heißt: „dulden“, „ertragen“, „aushalten“. Toleranz im eigentlichen Sinn des Wortes meint also: das Ertragen oder Erdulden von etwas, dessen Geltungsanspruch von dem, der sich tolerant zeigt, gerade nicht geteilt wird. Toleranz ist eine Form des Umgangs mit Differenz! Zu ihr gehört immer auch, wie der Philosoph Rainer Forst herausgearbeitet hat, eine „Ablehnungskomponente“. Man toleriert nur etwas, was man für sich selbst ablehnt. „Ohne diese Komponente würde man nicht von Toleranz sprechen, sondern entweder von Indifferenz ... oder von Bejahung.“ Religiöse Toleranz bezeichnet also die Kraft, konkurrierende Wahrheitsansprüche auszuhalten und respektvoll auszutragen. Toleriert werden kann aber immer nur das bekannte Fremde; das unbekannt Fremde bleibt bedrohlich.

Religion lebt vom Bekenntnis. Überzeugungen bilden sich nicht im Niemandland des „Gleich-Gültigen“, sondern in der Begegnung mit bestimmten Glaubensüberzeugungen und -vorstellungen. Indem wir erfahren, was Gott uns geschenkt hat, und indem wir darüber Auskunft zu geben vermögen, hat eine überzeugte Toleranz nicht trotz, sondern aus Glauben ein tragfähiges Fundament.

GEGEN DIE VERDRÄNGUNG

Der Historiker Dieter Schiffmann über Erinnerungskultur

Im Lebenslauf des promovierten Historikers Dieter Schiffmann verbinden sich wissenschaftliche Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus sowie deren politische Aufarbeitung. Bevor er 1987 Abgeordneter des rheinland-pfälzischen Landtags wurde, war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Mannheim. Als Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz war Schiffmann zuständig für die KZ-Gedenkstätten Osthofen und Hinzert. Martin Schuck sprach mit ihm über Erinnerungskultur.

Welche Rolle spielt die Beschäftigung mit der NS-Zeit in der Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz? Sie gehören dem wissenschaftlichen Ausschuss an.

Die Kommission hatte in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens primär den Auftrag, die Zeitgeschichte des jungen Bindestrich-Landes aufzuarbeiten. Erst zu Beginn der 2000er Jahre konnten wir erreichen, dass auch die Erforschung der unmittelbaren Vorgeschichte, also vor allem auch der Nazi-Zeit, und die Geschichte der Vorläuferregionen und -territorien mit in den Auftrag der Kommission aufgenommen wurden. Die im letzten Jahr erschienene dreibändige Landesgeschichte „Kreuz, Rad, Löwe. Rheinland-Pfalz – Ein Land und seine Geschichte“ ist neben dem 2007 publizierten „Biographischen Organisationshandbuch der NSDAP“ das herausragende Ergebnis dieser neuen Perspektive. Zu ihr gehört auch, die „Vorgeschichte“ nicht auf die Nazi-Diktatur zu verkürzen, sondern auch die langen Linien historischer Entwicklungen sichtbar werden zu lassen.

Wie unterscheidet sich Ihrer Meinung nach die Arbeit der KZ-Gedenkstätten, etwa in Osthofen, von der eines Museums?

Bei den Gedenkstätten handelt es sich im Gegensatz zu Museen um

authentische Orte. Gedenkstätten bieten gerade in Bezug auf junge Menschen eine große Chance: ihnen nicht allein Geschichte an einem „anderen Lernort“ zu vermitteln, sondern die Brücke zur Relevanz dieser geschichtlichen Erfahrung für ihr gegenwärtiges Leben, Erleben und Handeln zu schlagen. Die pädagogische Arbeit an und in unseren beiden staatlichen rheinland-pfälzischen Gedenkstätten in Osthofen und Hinzert haben wir deshalb immer vorrangig als Menschenrechtsbildung begriffen.

Warum hat es so lange gedauert, bis in Deutschland eine echte Erinnerungskultur entstanden ist?

Da war in den ersten Jahrzehnten der Widerstand der Miterlebenden und einer mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern durchsetzten Funktionseleite in Politik, Staat und vielen gesellschaftlichen Bereichen, die sich von den Opfern nicht den Spiegel vorhalten lassen wollte. Da war die große kollektive Verdrängung in der Zeit des Wiederaufbaus nach den traumatischen Jahren von Krieg, Zerstörung und Niederlage. Da viele in der Gedenkarbeit Engagierten aus den Opfergruppen der politischen Linken stammten, boten der Kalte Krieg und das vorherrschende Totalitarismuskonzept eine Argumentationsschiene zur Abwehr.



Dieter Schiffmann. (Foto: pv)

Wo sehen Sie Verbindungslinien zwischen heutigem Rechtsradikalismus und dem Nationalsozialismus der 1920er und 1930er Jahre?

Neben den von den Neonazis gepflegten historischen Traditionslinien zur NSDAP, zur NS-Ideologie und NS-Symbolen, dem Hitler-Kult oder der Holocaust-Leugnung, dem Kult von Deutschland und den Deutschen als Opfer sind es schon die gleichen ideologischen Versatzstücke: Xenophobie, Rassismus, Antisemitismus und Anti-Ziganismus (neuerdings ergänzt um Anti-Islamismus), sozialdarwinistisches Menschen- und Gesellschaftsbild und

übersteigter Nationalismus (ergänzt um Europa-Feindlichkeit). Modernisiert wird das eingehüllt mit antikapitalistischen Parolen für Menschen in prekären Verhältnissen oder auch mit Blut- und Boden-Parolen, die sich als Natur- und Umweltschutz verkleiden.

Die Evangelische Kirche der Pfalz will in einem Handbuch ihre Geschichte während der NS-Zeit aufarbeiten. Geht sie mit dieser Initiative mit guten Beispiel voran oder hinkt sie der Zeit hinterher?

Sie steht damit beileibe nicht allein. Das zeigt ein Blick auf die auch erst in den letzten Jahren in Gang gekommene Befassung großer Wirtschaftsunternehmen, Ministerien und anderer staatlicher Einrichtungen, großer Forschungseinrichtungen und Universitäten, Fachgesellschaften und Verbände oder Psychiatrischer Kliniken mit ihrer eigenen NS-Geschichte und deren wissenschaftliche Aufarbeitung. Auch hier war ein großer generationeller Wechsel notwendig, um herauszukommen aus früherer bewusster Verdrängung durch die vielen in die Geschehnisse Involvierten und dann durch die aus institutionellem Eigeninteresse gespeiste Abwehr der nächsten Generation. Welche Konsequenzen kann aus Ihrer Sicht eine solche historische Aufarbeitung für das gegenwärtige kirchliche Handeln haben?

Da maße ich mir kein Urteil an. Ich denke aber, dass sie hilft, sich kritisch der eigenen Wertvorstellungen zu versichern, zu erkennen, wo im eigenen Glaubensgebäude Einfallstellen für ein Welt- und Menschenbild waren, die Gemeinschaft, Staat und Nation über das Individuum stellen, Menschen anderer Herkunft oder anderen Bekenntnisses ausgrenzen und den eigenen Fortbestand als zentralen Wert betrachten.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protex und Informationen über weitere Veröffentlichungen.



Werner Simon, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30, oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau

GESELLSCHAFT DER FREUNDE DER EVANGELISCHEN AKADEMIE DER PFALZ E.V.

ANFÄNGE DER DEMOKRATIE

Das Verhältnis zwischen Christentum und Demokratie ist spannungsreich. Im Protestantismus sorgte das landesherrliche Kirchenregiment für eine große Nähe zur Monarchie. Noch 1956 bemerkte der evangelische Sozialethiker Wolfgang Trillhaas, „dass bis zur Stunde die Demokratie“ ein „unbewältigtes Thema“ sei. Erst 1985 erfolgte mit der EKD-Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ ein reflektiertes Bekenntnis zum Staat des Grundgesetzes.

Im deutschen Südwesten sind Protestantismus, Liberalismus und Demokratie eng aufeinander bezogen. Als sich 1832 auf dem Hambacher Schloss Protagonisten und Anhänger der liberalen Bewegung versammelten, um ihren Forderungen nach politischer Freiheit und nationaler Einheit Ausdruck zu verleihen, waren Protestanten an vorderster Front dabei. Zu den Hauptrednern gehörte der Seebacher Pfarrer Johann Heinrich Hochdörfer. Als 1848 der Traum von der deutschen Republik wahr zu werden schien, gehörte der nordpfälzische Pfarrer Theodor Berkmann zu den Abgeordneten der radikaldemokratischen Linken. Auf der anderen Seite kämpfte die Leitung der evangelischen Kirche der Pfalz unter Konsistorialpräsident Isaak Rust entschlossen gegen Liberalismus und frühdemokratische Tendenzen. So standen sich innerhalb des Protestantismus fortschrittliche und restaurative Strömungen gegenüber.

Die Tagung zeichnet die Konfliktlinien nach und fragt nach den geistesgeschichtlichen Zusammenhängen. Wie demokratisch ist der historische Protestantismus – und welche Rolle spielten christliche oder protestantische Haltungen für die Vor- und Frühgeschichte der Demokratie? Was bedeutet das für die protestantische Identität heute? Welchen Beitrag kann der Protestantismus aufgrund seiner Traditionen und

Erfahrungen für die Entwicklung der freiheitlichen Demokratie leisten? Was erwarten Politik und Zivilgesellschaft von der Kirche? Welche Rolle wollen die Protestanten spielen: staatsnahe Körperschaft oder eher innerlich ausgerichtete Glaubensgemeinschaft, kritischer Faktor oder neutraler Makler?

Nach historischen und theologischen Beiträgen von Karsten Ruppert, Roland Paul, Hannes Ziegler, Jens Stoecker, Friedrich Schmidt-Roscher und Martin Leiner diskutieren wir mit Kirchenpräsident Christian Schad, dem Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli und der Politikerin Barbara Schleicher-Rothmund. Das Kulturprogramm am Freitagabend verbindet literarische und feuilletonistische Lesungen mit politischen Liedern von Reinig, Braun und Böhm. Die Tagung wird in Zusammenarbeit mit dem Verein für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde sowie dem Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde Kaiserslautern veranstaltet.

Der Protestantismus und die Anfänge der Demokratie in Deutschland – Vom Hambacher Fest bis zum Ende der Frankfurter Nationalversammlung

Termin: 17./18. Januar 2014

Ort: Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus, Landau
Gebühr: 90 Euro (ermäßigt 55 Euro)

AKADEMIEPROGRAMM

Stand Dezember 2013

13. bis 15. Dezember 2013, Tagung in Bad Dürkheim, Jugendbildungsstätte Martin-Butzer-Haus

Das Sein, das Nein und das Nichts – Eine kleine Kulturgeschichte der Negation

Im Rahmen der Tagung wird nach dem praktischen Selbstverhältnis des modernen Menschen gefragt, der sich entscheiden muss, ob und was er mit seinem Leben anfangen möchte.

Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.

16. Januar 2014, 19 Uhr, Landauer Akademiegespräch, Kulturzentrum Altes Kaufhaus

Wofür steht Europa?

Deutschland in Europa – Hegemon wider Willen?

Referenten: Prof. Jerzy Buzek (Ministerpräsident Polens a.D. und Präsident des Europäischen Parlaments a.D.), Josef Janning (Politikwissenschaftler und Politikberater, Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen).

In Zusammenarbeit mit dem Frank-Loeb-Institut Landau und der Stadt Landau.

24. Januar 2014, Tagung in Bern, Theologische Fakultät der Universität Bern, Schweiz

Christliche und Islamische Seelsorge – Ihre Beiträge in multikulturellen und multireligiösen Gesellschaften

Die Tagung gibt Einblicke in Gemeinsamkeiten und Unterschiede christlicher und islamischer Seelsorge und richtet sich an SeelsorgerInnen in Praxis und Lehre, Studierende und weitere Interessierte.

In Kooperation mit der Universität Bern und der sipcc (Gesellschaft für interkulturelle Seelsorge und Beratung e.V.).

Im Rahmen der von der Europäischen Kommission geförderten Grundtvig-Lernpartnerschaften „Programm für lebenslanges Lernen“.

6. Februar 2014, 19 Uhr, Landauer Akademiegespräch, Kulturzentrum Altes Kaufhaus

Wofür steht Europa? – Was Europa zusammenhält:

Religion – Ethos – Interessen

Referenten: Prof. Dr. Gerhard Robbers (Verfassungsjurist, Universität Trier und Präsident des 34. Deutschen Evangelischen Kirchentages), Dr. Rahim Schmidt, MdL (Mitglied der Landtagsfraktion der Grünen in Rheinland-Pfalz und Sprecher des Arbeitskreises Säkulare Grüne).

In Zusammenarbeit mit dem Frank-Loeb-Institut Landau und der Stadt Landau.

27. Februar 2014, 19 Uhr, Landauer Akademiegespräch, Kulturzentrum Altes Kaufhaus

Wofür steht Europa? – Nationaler Interessenausgleich oder postnationale Solidargemeinschaft?

Begrüßung durch Hans-Dieter Schlimmer, Oberbürgermeister der Stadt Landau. Referenten: Robert Menasse (Schriftsteller, Wien), Dr. Volker Wissing (Finanzpolitiker, Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Rheinland-Pfalz). In Zusammenarbeit mit dem Frank-Loeb-Institut Landau und der Stadt Landau.

5. März 2014, 19 bis 21 Uhr, Aschermittwoch der Wirtschaft in Ludwigshafen, Heinrich-Pesch-Haus

Ethisch erfolgreich wirtschaften

Referent: Albrecht Hornbach, Vorsitzender des Vorstands Hornbach Holding AG, Neustadt a.d.W.

In Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie Rhein-Neckar, dem Heinrich-Pesch-Haus Ludwigshafen und den Wirtschaftsjunioren Mannheim-Ludwigshafen.

29. März 2014, Tagung in Mainz, Katholische Hochschule

3. Rheinland-Pfälzischer Hospiztag

In Zusammenarbeit mit der Ökumenischen Hospizhilfe, der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz und dem Sozialministerium Rheinland-Pfalz.

e-mail: info@eapfalz.de > www.eapfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname	Name
e-mail	Beruf
Straße/Nr.	
PLZ/Ort	
Tel. privat	Tel. dienstlich